

# LÜBECKISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT DER GESELLSCHAFT ZUR BEFÖRDERUNG GEMEINNÜTZIGER TÄTIGKEIT

LÜBECK, DEN 22. NOVEMBER 1953

NEUNUNDACHTZIGSTER JÄHRGANG / NUMMER 17



## Das 164. Stiftungsfest

Rede des Direktors der Gesellschaft Dr. Rolf Sander

Dem nachdenklichen Betrachter unserer Tage will es manchmal scheinen, daß sich nach den dunklen Tagen und Jahren seit 1948 das Gesicht unserer Städte und unserer Menschen allzu schnell gewandelt hat. Bang steht die Frage da, ob der Glanz, den die überall gleitenden Limousinen, die Fülle der Auslagen und die Eleganz der Garderobe widerspiegeln, nicht nur eine leuchtende Hülle ist, wie die Lichtreklamen, die oft alte verfallene Häuserfronten verdecken. Reisende, die in diesem Sommer durch Westdeutschland gefahren sind, haben gesagt, man glaube, es seien überall Volksfeste und Festspiele. Und wenn wir ehrlich sind, müssen wir wohl alle bekennen, daß wir uns nur zu gern diesem Bilde von wiedererstehendem Wohlstand, von wirtschaftlicher Blüte als einer dauernden Realität hingeben möchten.

Der wirtschaftliche Aufstieg, geworden aus dem schier unerschöpflichen Schaffensdrang unseres Volkes und der Mithilfe vor allem der USA, darf uns aber nicht verführen und fortlenken von der Wirklichkeit unserer Lage. Wir in Lübeck erliegen ja auch diesem Wunschtraum nicht so leicht, wie diejenigen, die weiter gen Westen wohnen. Wir sind ja heute nicht nur Ostgrenze, sondern unsere Ostlage hat auch noch zur Folge, daß wir allzu fern von den Hauptpunkten des Wiederaufstiegs, dem Ruhrgebiet und dem wirtschaftlich sehr ausgeglichenen Gebiet zwischen Main und Donau, liegen. Wir können gar nicht diesem Traum zum Opfer fallen, da ja jeder Weg an den Stadtrand, jede Fahrt an die Ostsee uns bewußt werden läßt — ob wir wollen oder nicht —, daß jenseits dieser Grenze deutsche Lande liegen, die wieder mit uns vereint werden müssen, soll es einen dauernden Frieden in Europa und der Welt geben. Uns werden also immer wieder die Stunden der Besinnung gegeben, so schmerzlich sie uns auch sein mögen. Wir fragen uns, oft genug in einer Verzweiflung, weil wir den Weg, der gegangen werden müßte, nicht zu sehen vermögen, wie der Menschheit auch hier auf Erden der Friede gegeben werden kann. Was aber kann heute der einzelne tun? Er kann sein Votum abgeben, wenn die Stunden der Wahlen kommen. Und Westdeutschland hat von diesem Recht Gebrauch gemacht, auch die junge wahlberechtigte Generation, was ein erfreuliches Zeichen ist. Aber darin darf sich unser Mitwirken nicht erschöpfen. Wir müssen Anteil nehmen, wir müssen die Möglichkeiten, die unser Lebenskreis uns bietet, nutzen. Und hier mangelt es. Wir lassen uns

allzu sehr die politischen Gerichte servieren, ohne uns an ihrer Herrichtung auch nur irgendwie wesentlich zu beteiligen. Gern nehmen wir alles Gute an, ebenso gern schimpfen wir aber, wenn die Suppe einmal nicht so gut und nahrhaft gekocht ist oder der Koch von dem Salz der Steuer allzu reichen Gebrauch gemacht hat. Nehmen wir doch nur unser eigenes Gemeinwesen. Wieviel Dinge geschehen in unserer Stadt, die wirklich einer sorgfältigeren Prüfung bedurft hätten. Kritik können wir alle nachher genug üben, aber sie rechtzeitig aussprechen, die Bedenken äußern, Vorschläge machen, wobei immer Voraussetzung Können und innere Verantwortung sein müssen, wie wenig geschieht das.

Und es ist notwendig, daß der Bürger sich rührt, denn auch wir in Westdeutschland leben in der Gefahr, daß wir die Freiheit verlieren können. Die Kräfte, die sie uns nehmen könnten, haben durchaus gewisse Berührungspunkte mit dem Staatssystem des Ostens, wo die persönliche Freiheit des Einzelmenschen dem Staatswillen geopfert wird. In allen Massenstaaten wächst eine Bürokratie heran, die die eigene Initiative des Bürgers zu ersticken droht. Die Ämter haben nun einmal die Eigenschaft, nicht Aufgaben abzustoßen, sondern ihre Ressorts auszudehnen, zu regulieren, Ordnungen aufzustellen und dadurch das persönliche Leben des einzelnen einzuengen. Sicher — je höher die Bevölkerungszahl, je größer die Wohndichte, um so mehr bedarf es der ordnenden Regeln, damit alle gute Nachbarschaft halten. Aber ist es nicht wertvoller, wenn wir gute Nachbarschaft halten, ohne daß Staat, Land und Gemeinden uns das Wie unseres Verhaltens vorschreiben und überall die Strafan drohung hinter der Nichteinhaltung steht?

In den Nordischen Tagen dieses Sommers hat Odd Nansen mit aller Eindringlichkeit von dieser Frage gesprochen und den Staat gemahnt, eben jene eigene Initiative seiner Bürger nicht einzuengen, sondern ihn zu ermuntern, recht weitgehend sich um die allgemeinen Belange zu bemühen. Erst aus solchem Tun wächst dann die Verbundenheit mit dem Staatswesen und die Liebe zu ihm, die bessere Grundpfeiler sind, als die ausgeklügeltesten Gesetze, so gut sie auch sein mögen. Und Lübeck hat von dieser Zusammenarbeit vor allem im vorigen Jahrhundert ein gutes und heute noch lehrreiches Beispiel gegeben. Denken wir nur an alle jene Einrichtungen, die allein unsere Gesellschaft für Lübeck geschaffen hat und die heute, manch-